

Bekämpfung von Betriebsräten und Gewerkschaften

„Löhne drücken, Arbeitsplätze abbauen“

„Es herrscht Klassenkrieg, richtig, aber es ist meine Klasse, die Klasse der Reichen, die Krieg führt, und wir gewinnen“, sagte Warren Buffet, der drittreichste Mann der Welt. Die Methoden und Strategien in diesem „Krieg“ recherchierten zwei Kölner Journalisten. Sie stießen auf komplexe Netzwerke und eine hochprofessionell arbeitende Dienstleistungsbranche.

Interview mit Dr. Werner Rügemer

ÖkologiePolitik: Herr Dr. Rügemer, um was geht es in Ihrem neuen Buch?

Dr. Werner Rügemer: Mein Kollege Elmar Wigand und ich beschäftigen uns schon seit 2009 mit dem sogenannten „Union Busting“. Der Begriff kommt aus den USA und bezeichnet eine Dienstleistungsbranche, die darauf spezialisiert ist, Gewerkschaften kaputt zu machen. Dazu gibt es bereits viele Untersuchungen. Wir wollten wissen, ob es derartige Aktivitäten auch schon in Deutschland gibt. Und wir fanden heraus: Es gibt sie.

Wie sieht diese Dienstleistungsbranche aus?

Die Hauptakteure sind auf Arbeitsrecht und auf Medienrecht spezialisierte Anwaltskanzleien, Detektive, Überwachungsspezialisten, Berater, „gelbe Betriebsräte“ und „christliche Gewerkschaften“. Darüber hinaus gibt es noch zwei weitere wichtige Gruppen, die der Durchsetzung von Arbeitgeber-Interessen dienen: Die erste besteht aus Stiftungen, verdeckt finanzierten Universitätsinstituten und anderen Organisationen. Sie sind für die wissenschaftliche Zusammenarbeit verantwortlich, veranstalten Konferenzen, bilden Arbeitsrichter

und Arbeitsrechtsanwälte aus. Die zweite sind staatliche Institutionen wie die Agentur für Arbeit und die Jobcenter. Sie disziplinieren die Reservearmee der Niedriglöhner und liefern der Leiharbeitsbranche billige Arbeitskräfte zu.

Was sind „gelbe Betriebsräte“ und „christliche Gewerkschaften“?

Das sind Betriebsräte und Gewerkschaften, die in den wichtigen

(AUB), die vom Siemens-Vorstand über Jahrzehnte heimlich finanziert wurde. In der Wissenschaft wird das breite Spektrum solcher nicht-gesetzlicher Betriebsräte – die also nicht aufgrund der Regularien des Betriebs-Verfassungs-Gesetzes zustande kommen – vielfach als „Alternative Vertretungsorgane“ (AVO) bezeichnet. Es gibt daneben 16 Gewerkschaften, die sich im „Christ-

„Den Unternehmen ist es viel wert, einen Betriebsrat zu verhindern oder zumindest zu behindern.“

Fragen loyal mit den Eigentümern und Managern der Unternehmen zusammenarbeiten. Es gibt Betriebsräte, die nicht von der Belegschaft gewählt, aber von der Geschäftsführung zu regelmäßigen Gesprächen und Informationen zusammengerufen werden. Und solche, die auf besonderen Listen kandidieren, die sich von den Gewerkschaften distanzieren und ein harmonisches Verhältnis mit den Chefs wollen. Bekannt geworden ist etwa die „Arbeitsgemeinschaft Unabhängiger Betriebsangehöriger“

lichen Gewerkschaftsbund“ (CGB) zusammengeschlossen haben. Dazu gehören etwa die „Christliche Metallarbeiter-Gewerkschaft“ (CMG) und der „Verein katholischer deutscher Lehrerinnen“ (VkdL), aber auch solche, die sich zwar zu „christlichen Werten bekennen“, dies aber nicht im Namen zeigen, so etwa der „Deutscher Handels- und Industrieangestellten-Verband“ (DHV), „Medsonet“ und „Union Ganymed“. Sie sind der Öffentlichkeit kaum bekannt, haben sehr wenige Mitglieder und lange Zeit ein



Dr. Werner Rügemer, Jahrgang 1941, studierte Literaturwissenschaft, Philosophie und Ökonomie. Er bezeichnet sich selbst als „interventionistischen Philosoph“ und ist als Publizist, Berater und Lehrbeauftragter an der Universität zu Köln tätig. Zudem ist er Mitglied im deutschen PEN-Club, im wissenschaftlichen Beirat von Attac und bei Business Crime Control. Er veröffentlichte zahlreiche Artikel, Bücher, Hörfunk- und Fernsehbeiträge. Zu seinen Kernthemen gehören Unternehmenskriminalität und Korruption. Für sein Werk erhielt er 2002 den Journalistenpreis des „Bunds der Steuerzahler NRW“ und 2008 den „Kölner Karls-Preis für engagierte Literatur und Publizistik“. 2014 erschien sein zusammen mit Elmar Wigand verfasstes Buch „Die Fertigmacher“.

www.werner-ruegemer.de

„Schläferdasein“ geführt. In letzter Zeit wurden sie neu belebt, weil immer mehr Arbeitgeber sich nicht offen gegen Gewerkschaften stellen wollen, aber solche vorziehen, die niedrigeren Tarifstandards zustimmen.

Was haben die Anwälte und Überwachungsspezialisten für eine Aufgabe?

Sie sorgen z.B. dafür, dass die eigentlich gesetzlich garantierte Betriebsratswahl zum riskanten Abenteuer wird. Es drohen Strafversetzung, Kündigung und Arbeitslosigkeit. Den Unternehmen ist es viel wert, einen Betriebsrat zu

verhindern oder zumindest zu behindern. Sie zahlen hohe Honorare dafür, dass kein Widerstand gegen unbezahlte Überstunden, hohe Fle-

„Die Organisatoren des transnationalen Kapitals legen großen Wert auf gute Beziehungen zu den nationalen Regierungen.“

xibilität, Kürzungen von Urlaubsgeld und Weihnachtsgeld aufkommt. Ob beim Kauf oder Verkauf von Unternehmen, bei der Aufspaltung in kleinere Einheiten, bei der Auslagerung ins Ausland oder bei Auf-

trägen an Subunternehmen: Immer wird sofort nach Möglichkeiten gesucht, Löhne zu drücken, Arbeitsplätze abzubauen, Betriebsräte zu verhindern oder zu entmachten.

Können Sie das an einem konkreten Beispiel schildern?

Nehmen wir die Steakhauskette Maredo: Die wurde von einem Private-Equity-Fonds – einer sogenannten „Heuschrecke“ – aufgekauft. Wie alle derartigen Investoren wollten sie die Kosten rigoros senken, natürlich auch die Löhne. Und das geht leichter, wenn es keine Betriebsräte gibt. Die gab es in dem Unternehmen eh schon selten. Einer der wenigen hatte sich in der Frankfurter Filiale an der Flaniermeile „Fressgass“ etabliert. Hier gehörten auch die meisten Beschäftigten der Gewerkschaft „Nahrung Gaststätten Genuss“ (NGG) an. Zuerst engagierte die Geschäftsleitung zwei Wirtschaftsdetektiven, die mit einem verdeckten Ermittler und heimlicher Videoüberwachung Belege für Kündigungen beschaffen sollten, etwa wegen eines „Diebstahls“ von Brotresten oder Ähnlichem. Eines Abends nach Betriebsschluss sperrten sie dann mit Unterstützung einer Sicherheitsfirma die überraschten Beschäftigten ein. Es trat die Arbeitsrechtskanzlei Buse Heberer Fromm mit vorbereiteten Selbstkündigungen auf und nötigte die Anwe-

senden, diese zu unterschreiben. Als Beschäftigte und Betriebsräte dagegen gerichtlich vorgingen und es zu öffentlichen Verhandlungen vor dem Arbeitsgericht kam, kümmerte sich die PR-Agentur AltCramer

darum, sie öffentlich zu diskreditieren. Die Medienkanzlei Schertz Bergmann verhinderte die Wiederholung eines kritischen TV-Berichts auf RTL und die Fertigstellung eines vom ZDF geplanten Berichts. Die PR-Agentur Faktenkontor sorgte dafür, dass Maredo in die Umfra-

funktionären. Inzwischen läuft das nicht mehr ganz so plump ab, sondern viel subtiler – so, wie eben beschrieben.

Und wie lange gibt es das in Deutschland?

Eine ausdifferenzierte und vernetzte Branche professioneller

ner + Partner. Seit etwa einem Jahrzehnt haben nun auch große US-Wirtschaftskanzleien wie Freshfields, Clifford Chance, Hogan Lovells, White & Case, DLA Piper und Squire Patton Boggs große Abteilungen mit bis zu 60 Arbeitsrechtsanwälten in Deutschland aufgebaut. Auch britische Wirtschaftskanzleien wie Allen & Overy und Taylor Wessing haben in ihren deutschen Niederlassungen neuerdings arbeitsrechtlich aufgerüstet. Thomas Ubbert von Allen & Overy gilt in Deutschland als Staranwalt, wenn es um das Verbot oder die Einschränkung von Streiks geht. Dem stehen aber deutsche Kanzleien wie CMS Hasche Sigle und Gleiss Lutz nicht nach.

Wer profitiert davon?

Da jedes Unternehmen irgendjemandem gehört, profitiert sehr oft eine kleine Schicht sehr reicher, transnational agierender Kapitalbesitzer. Politiker wie Barack Obama, David Cameron und Angela Merkel verwenden für diese 0,0001% unterwürfig den Begriff „die Märkte“.

Finanzdienstleister wie BlackRock, AXA, JPMorgan Chase, Capital Group, Fidelity Investments, BPCE, Legal & General Group und State Street Corporation organisieren und vermehren ihr Eigentum an Konzernen, Banken, Versicherungen, Staatsanleihen und anderen Wertpapieren. Sie sind eng miteinander verflochten und organisieren die Kapitalverhält-

Welche Rolle würde das TTIP spielen?

Wenn es um Arbeitnehmerrechte geht, sind die USA ein denkbar schlechter Verhandlungspartner. Von den acht Kernnormen, die die „International Labour Organisation“ (ILO), eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen, auf der Basis der Menschenrechte beschloss,

„Das TTIP würde dazu führen, dass Konzerne ihre Forderungen nach niedrigeren Löhnen und Arbeitsstandards leichter durchsetzen können.“

nisse der wichtigsten Konzerne, Banken und Versicherungen weltweit. So ist z.B. BlackRock Miteigentümer von 282 der 500 größten Unternehmen der Welt und Großaktionär bei allen 30 deutschen Dax-Konzernen, zudem Miteigentümer der beiden größten Ratingagenturen Standard & Poor's und Moody's. Es wickelte für die US-Regierung die Rettung oder Verwertung von bankrotten Banken und Versicherungen nach der „Finanzkrise“ ab und hatte Berateraufträge für die hochverschuldeten EU-Staaten Spanien, Griechenland und Irland.

Welche Rolle spielt da noch die nationale Politik?

Je weniger sich das transnationale Kapital um das Wohl der nationalen Volkswirtschaften kümmert, je mehr die nationalen Volkswirtschaften unter seinen Aktivitäten leiden, desto mehr muss es sich politisch absichern. Deshalb legen die Organisatoren des transnationalen Kapitals großen Wert auf gute Beziehungen zu den nationalen Regierungen und zu staatlichen Institutionen, denn zum Durchsetzen der eigenen Interessen sind die national organisierten Herrschaftsapparate unverzichtbar.

haben die USA sechs bisher nicht ratifiziert. Diese Haltung spiegelt das Selbstverständnis von US-Konzernen wie Amazon in Deutschland wider. Das TTIP würde dazu führen, dass Konzerne ihre Forderungen nach niedrigeren Löhnen und Arbeitsstandards leichter durchsetzen können. Das gilt nicht nur für US-Konzerne in der EU, sondern auch für Konzerne, die man traditionell als „deutsch“ bezeichnet.

„Fatal wären die geplanten Schiedsgerichte: Sie würden vor allem mit Anwälten global tätiger Wirtschaftskanzleien besetzt.“

So haben Daimler, VW und BMW in den weitgehend gewerkschaftsfreien Südstaaten der USA – z.B. Tennessee und North Carolina – im Laufe der letzten beiden Jahrzehnte Produktionsanlagen errichtet. Dort profitieren sie von den Löhnen, die niedriger sind als in den Nordstaaten der USA und viel niedriger als in Deutschland. Diese Konzerne sähen es natürlich gerne, wenn die niedrigen US-Standards mithilfe des TTIP auch in der EU wirksam würden. Fatal wären die geplanten

BUCHTIPP

Werner Rügemer,
Elmar Wigand

Die Fertigmacher

Arbeitsunrecht und professionelle Gewerkschaftsbekämpfung
PapyRossa, Oktober 2014
238 Seiten, 14,90 Euro
978-3-89438-555-2



Schiedsgerichte: Sie würden vor allem mit Anwälten global tätiger Wirtschaftskanzleien besetzt. Wenn eine Regierung z.B. einen gesetzlichen Mindestlohn einführt, kann ein Konzern vor solchen Schiedsgerichten auf hohen Schadensersatz klagen, weil dieser Mindestlohn seine erwarteten Gewinne reduziert. Zwar versprechen die TTIP-Befürworter neue Jobs, doch dahinter dürften sich vor allem ungesicherte Tätigkeiten zu Niedriglohnbedingungen verbergen. Nach allen bisherigen Erfahrungen würden

TTIP kontra Kernarbeitsnormen

Auf der Basis der Menschenrechte hat die UN-Sonderorganisation ILO acht Kernnormen für die Arbeit beschlossen.

Ratifiziert haben die USA davon nur folgende zwei Normen:

- Abschaffung der Zwangsarbeit als Disziplinarmaßnahme (Übereinkommen 105)
- Abschaffung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit (Übereinkommen 182)

Nicht ratifiziert haben die USA folgende sechs Normen:

- Vereinigungsfreiheit und Schutz des Vereinigungsrechts (Übereinkommen 87)
- Recht auf kollektiv verhandelte Tarifverträge (Übereinkommen 98)
- Abschaffung der Zwangsarbeit (Übereinkommen 29)

- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit von Mann und Frau (Übereinkommen 100)
- Mindestalter für den Eintritt in ein Arbeitsverhältnis (Übereinkommen 138)
- Verbot der Diskriminierung wegen Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Religion, politischer Meinung, nationaler und sozialer Herkunft (Übereinkommen 111)

Internationale Arbeitsorganisation ILO

ILO Kernarbeitsnormen

www.ilo.org/berlin/arbeits-und-standards/kernarbeitsnormen

Blog „Arbeitsunrecht in Deutschland“

TTIP stoppen!

<http://arbeitsunrecht.de/ttip-stoppen>